JES Bundesverband e.V. | Wilhelmstr. 138 | 10963 Berlin

04. Juli 2025

Statement gegen ein Polizeiregister für psychisch kranke Menschen

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Selbsthilfenetzwerk JES (Junkies, Ehemalige und Substituierte) spricht sich entschieden gegen den von der hessischen Landesregierung vorgestellten Gesetzesentwurf „Zweites Gesetz zur Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes“ aus, welche ein Polizeiregister für psychisch kranke Menschen einzuführen soll. Ein solches Register wäre nicht nur ein gravierender Eingriff in die Grundrechte, sondern es würde auch das Vertrauen in das Gesundheitssystem und die Polizei nachhaltig beschädigen.

Psychische Erkrankungen sind medizinische Diagnosen – keine Straftaten. Wer Menschen aufgrund einer psychiatrischen Diagnose polizeilich systematisch erfasst, stigmatisiert sie und fördert Vorurteile, die ohnehin schon viel zu verbreitet sind. Eine der Folgen wäre, dass Betroffene aus Angst vor Diskriminierung oder behördlicher Erfassung notwendige Hilfe nicht mehr in Anspruch nehmen. Dies würde die Versorgung verschlechtern und das Risiko von Eskalationen oder tatsächlichen Gefährdungen sogar erhöhen.

Zudem ist ein solches Register aus fachlicher Sicht unnötig: Psychisch erkrankte Menschen, von denen tatsächlich eine akute Fremdgefährdung ausgeht, werden im Regelfall ohnehin nicht aus einer psychiatrischen Klinik entlassen. Die bestehenden Regelungen des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (PsychKHG) bieten hier bereits ausreichend Möglichkeiten zum Schutz Dritter. Eine Erweiterung dieses Gesetzes oder zusätzliche polizeiliche Register sind daher nicht erforderlich.

Es braucht auch keine extra Erwähnung der Sucht- und Abhängigkeitserkrankung, diese sind nach ICD-10 ohnehin seit langem als psychische Erkrankungen definiert. Der in der Begründung des Gesetzestextes genannte Verlust der Selbstkontrolle liegt wohl bei sehr vielen suchterkrankten Menschen vor, diese alle in eine Psychiatrie einzuweisen dürfte aufgrund mangelnder Plätze unmöglich sein.

Darüber hinaus ist ein solches Register mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und dem Datenschutz nicht vereinbar. Es sendet das fatale Signal, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen pauschal als gefährlich angesehen werden – obwohl wissenschaftlich klar belegt ist, dass der allergrößte Teil dieser Menschen keine Gefahr für andere darstellt.

JES Bundesverband e.V.
Wilhelmstraße 138
10963 Berlin
www.jes-bundesverband.de

Telefon: 030 69008756
Telefax: 030 69008742
Steuernummer: 27/669/50800
vorstand@jes-bundesverband.de

JES Bundesverband e.V.
Deutsche Kreditbank DKB
IBAN: DE75 1203 0000 1008 3993 37
BIC: BYLADEM1001

Was wir wirklich brauchen, ist eine Politik, die Entstigmatisierung, Prävention und gute Versorgung in den Mittelpunkt stellt – kein Misstrauen und keine Ausgrenzung.

Zuletzt bleibt zu erwähnen, dass die Anschläge in Aschaffenburg und insbesondere auch der in Hanau durch einen derartigen Gesetzespassus nicht hätten verhindert werden können, da keiner der Attentäter zuvor in psychiatrischer Behandlung war. Der Bezug zwischen drogengebrauchenden Menschen und Attentätern erschließt sich uns nicht, stellt aber gleichzeitig alle Drogengebrauchenden unter einen ungeheuerlichen Generalverdacht, was zu einer Verschärfung der Stigmatisierung beitragen dürfte.

Abschließend sei daran erinnert: Das letzte Mal, dass in Deutschland ein Polizeiregister für psychisch kranke Menschen geführt wurde, war während des Nationalsozialismus – mit entsetzlichen Folgen für die Betroffenen. Aus unserer Geschichte erwächst die Verantwortung, solche Wege nie wieder zu beschreiten.

Wir bitten Sie eindringlich, sich gegen diese Pläne zu positionieren und für eine Gesundheitspolitik einzutreten, die auf Solidarität, Respekt und evidenzbasierten Lösungen beruht. Der Frankfurter Weg als Beispiel in Hessen ist derjenige, der am besten funktioniert in ganz Deutschland, zumindest, wenn man dies an den jährlichen Todeszahlen festmacht. Da diese in Hessen und bundesweit unverändert auf hohem Niveau liegen, sollte man in dem Land, das inzwischen eine dreistellige Zahl an verstorbenen drogengebrauchenden Menschen jährlich verzeichnen muss, keine Experimente beginnen.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Ak
JES Südschiene-Koordinatorin
stellvertretend für den JES Bundesverband e. V. sowie für JES Wiesbaden & Frankfurt

JES Bundesverband e.V.
Wilhelmstraße 138
10963 Berlin
www.jes-bundesverband.de

Telefon: 030 69008756
Telefax: 030 69008742

vorstand@jes-bundesverband.de

JES Bundesverband e.V.
Deutsche Kreditbank DKB
IBAN: DE75 1203 0000 1008 3993 37
BIC: BYLADEM1001